

MEDIENMITTEILUNG

Olten, 15. März 2014

Delegiertenversammlung der EDU Schweiz: Parolen für den 18. Mai

Dreimal Ja, einmal Nein am 18. Mai

(edu) **Die Delegierten der EDU Schweiz fassten am 15. März in Olten die Parolen für die vier Vorlagen der Volksabstimmung vom 18. Mai.**

Nach den Grussworten des EDU-Präsidenten Hans Moser debattierten die rund 70 Delegierten über die vier Abstimmungsvorlagen vom 18. Mai 2014:

1. Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»): JA

(pro) Prof. Dr. med. Peter Tschudi:

Eine ausreichende Grundversorgung durch Haus- und Kinderärzte sei heute nicht mehr gewährleistet! Es gebe einen Hausarzt- und Kinderarztmangel (Überalterung und fehlender Nachwuchs). Die Arbeitsbedingungen seien nicht mehr attraktiv. Seine Argumente für die Vorlage:

- Integration der medizinischen Grundversorgung gehöre in die Verfassung.
- Die Hausarzt- und Kindermedizin werde in der Grundversorgung gefördert.
- Gewährleistung einer zugänglichen medizinischen Grundversorgung von hoher Qualität für alle.
- Ein Ja zur medizinischen Grundversorgung sei auch ein Ja zur Hausarzt- und Kindermedizin.

Die DV der EDU Schweiz beschliesst die Ja-Parole (Ja: 65, Nein: 3, Enthaltungen: 2).

2. Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»: JA

(pro) Alt Grossrat Marc Früh, EDU BE:

Initiiert wurde diese Initiative im 2009 von der Vereinigung Marche Blanche und ihrer Präsidentin Christine Bussat. Im Frühjahr 2011 kamen mit 111'681 die nötigen Unterschriften dafür zusammen. Marc Früh votierte stark für ein Ja zum Schutz von den Kindern und Behindernten, ein Ja zur Verhinderung von Gewalttaten an Kindern und ein Ja zur Verminderung von Opfern!

(kontra) Alt Nationalrat Markus Wäfler, EDU ZH:

Ähnlich wie bei der Volksinitiative gegen die Verjährung von Sexualstraftaten habe diese Initiative eine Revision der entsprechenden Abschnitte im Strafgesetzbuch (StGB) bewirkt. Mit dieser StGB-Revision von Regierung und Parlament werde das Grundanliegen der Initiative aufgenommen und auf vertretbare und umsetzbare Weise gelöst. Der Initiativtext sei relativ unklar und bedinge sowieso eine entsprechende Präzisierung auf Gesetzesstufe, resp. im StGB. Der indirekte Gegenentwurf erreiche mit rechtstaatlichen Verfahren das erstrebenswerte Ziel der Initiative sicherer und besser und umfasse auch Delikte gegen Volljährige.

Die Delegierten beschlossen die Ja-Parole (Ja: 42, Nein: 18, Enthaltungen: 10).

3. Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»: NEIN

(pro) Giorgio Pardini, Mitglied der Geschäftsleitung syndicom: Stopp dem Lohndumping! Einige Firmenbesitzer holen billige Arbeitskräfte aus dem Ausland in die Schweiz. Diese werden zu Tiefstlöhnen ausgebeutet. Damit drücken diese Chefs die Löhne aller! Darum: 4000 Franken Mindestlohn für alle!

Weitere positive Nebeneffekte eines Mindestlohns seine mehr AHV-Einnahmen für alle und durch anständige Löhne können sich viele Menschen aus der Sozialhilfe befreien. Ein JA zur Mindestlohn-Initiative ermögliche faire Löhne von denen man leben könne und schütze faire Unternehmer vor der Billigkonkurrenz.

EDU Schweiz

(kontra) Andreas Schnetzler, EDU Kantonsrat SH:

Nein zum staatlich diktierten Mindestlohn, da dies ein Eingriff in den freien Arbeitsmarkt sei und ein Angriff auf die erfolgreiche Schweiz. Zudem untergrabe diese Initiative die Sozialpartnerschaft und bevormunde Unternehmen und Gewerkschaften. Die Lohnpolitik sei Sache der Unternehmer und ihrer Angestellten und nicht des Staates. Die Mindestlohn-Initiative gefährde Arbeitsplätze, fördere die Schwarzarbeit und führe zu einem Stellenabbau in der Textilindustrie. Deshalb ein Nein zu diesem staatlichen Korsett, das branchenspezifische Regeln verbiete.

Die Delegierten entschieden sich mit 4 Ja, 64 Nein und 5 Enthaltungen für die Nein-Parole.

4. Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz): JA

(pro) Thomas Aeschi, NR SVP ZG: Es gehe um das Gripen-Fonds-Gesetz, den Kauf von 22 neuen Kampfflugzeugen Gripen E (inkl. Zubehör, Bewaffnung und Infrastruktur) als Ersatz für 54 veraltete F-5 Tiger. Kosten: CHF 3.126 Milliarden, CHF 300 Millionen pro Jahr während 10 Jahren (Ausgaben Bund 2013: CHF 63.7 Mrd.). Finanzierung über das ordentliche Armee-Budget (ab 2016 CHF 5 Mia. pro Jahr).

Keine Armee ohne Luftwaffe und einzig die Luftwaffe könne für die nötige Sicherheit in der Luft sorgen. Der Gripen sei die richtige Wahl, da er die militärischen Anforderungen erfülle und für die Armee finanziell tragbar sei. Die Sicherheit sei von zentraler Bedeutung für unser Land und unseren Wohlstand. Die Überwachung und der Schutz des Luftraumes sei eine vorrangige und permanente Aufgabe eines souveränen Staates. Der Gripen schaffe Arbeitsplätze in der Schweiz und stärke die Wirtschaft.

(kontra) Niels Kruse, Mitglied des Vorstands der Grünen Kanton Solothurn:

Die Entwicklungskosten seien zu bedenken:

- Die geplante Gripen-Version muss erst noch entwickelt werden!
- Kein Kampfjetprojekt der neueren Geschichte blieb innerhalb der erwarteten Kosten
- Grosse Kostenüberschreitungen sind wahrscheinlich und die Schweiz haftet mit!

Sein Fazit:

- Der Gripen sei ein potentielles schwarzes Loch!
- Der Gripen sei keine Versicherung, sondern eine finanzielle Bürde auf Jahre hinaus!
- Der Gripen generiere nur eine Scheinsicherheit.
- Der Gripen sei ein in jeder Situation unterlegenes Flugzeug, dass nur auf dem Papier existiere!
- Sein ein purer Luxus ohne Effekt.

Die DV der EDU Schweiz beschliesst die Ja-Parole (Ja: 48, Nein: 9, Enthaltungen: 10)

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, GL-Mitglied EDU Schweiz, 079 435 36 40

Alt Nationalrat Markus Wäfler, 079 331 58 79

Alt Grossrat Marc Früh, 079 673 08 16